

# Der Druck der Realitäten entscheidet über Änderungen der Bonner Politik

Beitrag am Institut für internationale und westdeutsche Fragen

Zu gegenwärtigen außenpolitischen und völkerrechtlichen Aspekten der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sprach am 17. Dezember Prof. Dr. Arzinger. Es war der zweite Vortrag in der vom Institut für internationale und westdeutsche Fragen kontinuierlich veranstalteten Vortragsreihe, nachdem im November Dr. Liebermann zu aktuellen Fragen nach den Bundestagswahlen gesprochen hatte. Er bildete so auch den Auftakt zur notwendigen gründlichen Auswertung der 12. Tagung des ZK der SED.

Institutsdirektor Prof. Dr. Arzinger gab mit seiner Diskussionsgrundlage zur Frage „Kontinuität oder Erneuerung der völkerrechtlichen Positionen der neuen Bundesregierung?“ eine erste Analyse der Materialien der 12. Tagung und versuchte mit großer Sachkenntnis die Haltung unserer Partei und Staatsführung gegenüber der westdeutschen Bundesrepublik.

Zunächst ging er auf den bisherigen Gehalt der Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR ein. Er charakterisierte die bisherige Position als Politik der Alleinvertretungsmaßnahme, die die Hauptmethode zur Sicherung der ersten sozialistischen Republik auf deutschem Boden darstellt. Mit Nachdruck wurde auf die Gefährlichkeit der Alleinvertretungsmaßnahme hingewiesen.

„Es ist 1. eine potentielle Kriegserklärung an die DDR, 2. eine permanente Intervention in die inneren Angelegenheiten der DDR, aber auch anderer Staaten, 3. ein pseudotheoretisches Fundament für ständige Forderungen des westdeutschen Imperialismus, sich am Nationalvermögen der DDR zu bereichern. Anschaulich verwies er auf die Breite der Auswirkungen dieser Politik der bisherigen westdeutschen Bundesregierung, mit der nicht nur versucht wurde, das Auftreten der DDR in den internationalen Beziehungen als gleichberechtigter souveräner Staat zu verhindern, sondern gleichzeitig versucht wurde und noch tagtäglich versucht wird, ihr erheblichen ökonomischen Schaden zuzufügen.“

Allen Bürgern unserer Republik muß klar sein, daß die völlige Verzicht auf jegliche Art von Alleinvertretungsmaßnahme und andersgearteter Diskriminierung der DDR, ihrer Organe und Bürger die Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sein kann. Diese Beziehungen können keine anderen als völkerrechtliche sein, die von der Achtung der allgemein anerkannten Normen ausgehen und denen in den Staat-Beziehungen üblichen entsprechen.

Prof. Dr. Arzinger sprach dann über die Frage, welche Konsequenzen einer Veränderung in der Politik der Bundesregierung gegeben sind. Dafür ist auf jeden Fall der Druck der Realitäten ursächlich und entscheidend, d. h. die Geschlossenheit des sozialistischen Lagers, die Stabilität der DDR, ihre sich immer weiter vertiefende Anerkennung in den zwischenstaatlichen Beziehungen, die innere Entwicklung in der westdeutschen Bundesrepublik sowie das internationale Echo, das der Vorschlag für eine europäische Sicherheitskonferenz fand.

Die SPD/FDP-Koalitionsregierung kann deshalb nicht mehr die Existenz der DDR als einen Staat anerkennen und versucht mit neuem, taktischem Verhalten einer umfassenden Respektierung der Völkerrechtsobjektivität der DDR entgegenzuwirken. Den bisherigen Theorien, für die die Alleinvertretungsmaßnahme Ausgangs- und Endpunkt war, wird nun eine neue Variante angefügt: Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten sollen als „Beziehungen besonderer Art“ behandelt werden.

Schlüssig wies Prof. Dr. Arzinger nach, daß diese neue Variante nichts anderes als die zur „Vormundschaftsmaßnahme“ modifizierte Alleinvertretungsmaßnahme ist.

Die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD seien so als „Beziehungen zwischen Vormund und Pöbel“ – wie es Walter Ulbricht in seinem Referat auf der 12. Tagung ausdrückte – angesehen werden. Dazu wurde eingeschätzt: Die Existenz der DDR ist Staat verlangt als unausweichliche Konsequenz die volle Respektierung ihrer Völkerrechtsobjektivität. Die bisherigen Handlungen und Erklärungen der neuen Bundesregierung, insbesondere die drei Dienstverweisungen des Bundesaußenministers Scheel stehen im Widerspruch. Sie lassen den Schluß zu, daß die neue Bundesregierung weiterhin versucht, ihre interventionistische, diskriminierende Politik fortzuführen.

Dabei wurden eindeutig die in dem Vertragsentwurf der DDR über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD fixierten Positionen herausgestellt.

Nachdem Prof. Dr. Arzinger dann zu einigen Fragen des Kräfteverhältnisses in Westdeutschland selbst sprach und insbesondere auf die aggressive, einseitige Position der reaktionären Kräfte hingewiesen habe, ging er auf Entwicklungsmöglichkeiten der Beziehungen zwischen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik ein.

Die Forderungen der DDR nach Beziehungen auf der Basis des Völkerrechtes, nach Respektierung ihrer Völkerrechtsobjektivität auf der Grundlage souveräner Gleichheit sind minimale, unerläßliche Erfordernisse friedlicher und gleichberechtigter Beziehungen. Jeglicher Versuch der Bundesregierung, uns zur Aufrechterhaltung unserer Positionen zu bewegen, um wenigstens einige ihrer alten Ziele zu sichern, wird von uns erwidert, und ihm wird mit Konsequenz begegnet werden.

In der sich anschließenden Diskussion standen Fragen nach Einzelheiten der Politik der neuen Bundesregierung und ihrer prinzipiellen Einschätzung im Mittelpunkt. Den Teilnehmern der Vortragsreihe war so weitgehend die Möglichkeit gegeben, nicht nur als Hörer für sich selbst zu ziehen, sondern darüber hinaus die eigenen Kenntnisse Teil dieser insbesondere für die Hochschullehrer der Karl-Marx-Universität durchgeführten Qualifizierungsveranstaltung werden zu lassen.

G. Heine/L. Franz

Die Durchsicht der Jahrgänge 1919–1924 der „Internationalen“ zeigte, daß für die KPD die Machtfrage das Hauptproblem der Lehren der Oktober- und Novemberrevolution war. Die Konzentration auf die Machtfrage kommt am deutlichsten in den Vergleichen zwischen den beiden Revolutionen zum Ausdruck. Das Ringen um die richtige Strategie und Taktik der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Konsolidierung der Herrschaft des deutschen Imperialismus führte zwangsläufig zum Ringen um eine einheitliche wissenschaftliche Einschätzung der deutschen Revolution, ihren Charakter und Entwicklungsstand, ihre Perspektive.

Während Rosa Luxemburg bereits im Januar 1919 in der „Roten Fahne“ von der Niederlage der Revolution geschrieben hatte, kann man in der Juli-Nummer des gleichen Jahres in der „Internationalen“ lesen: „Überall, wohin man sieht, ist die Revolution auf dem Marsche, wenn sie auch noch nicht ganz klar den richtigen Weges sich bewußt ist.“ (Nr. 5/6/1919, S. 10). Als Organisationsform des Proletariats im Kampf um die Macht wurden die Arbeiterräte herausgearbeitet. Im Zusammenhang mit den Ereignissen während des Kapp-Putsches 1920 wird der Rätegedanke wieder aufgegriffen. Die KPD wertete das erneute Entstehen der Räte als Beweis dafür, daß sie „die Form sind, unter der die proletarische Revolution sich vollzieht.“ (Nr. 23/1920, S. 38) Auch am 9. November sei die erste Geste der Revolution die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten gewesen. Wenn das Proletariat zurückgedrängt worden ist, so nicht, weil die Form der Räte falsch war, sondern weil es im Klassenkampf mit der Bourgeoisie unterlag.

In der Nummer 13/14 des Jahres 1919 werden beide Revolutionen analysiert und verglichen. Es wird festgestellt, daß in Deutschland eine vorübergehende Schwächung der Bourgeoisie durch Schläge von außen erfolgt ist, daß aber diese Schwächung noch keinen endgültigen Sieg des Proletariats bedeutet, daß sich der Kampf sozusagen im Schwebezustand befindet und erst in den nächsten Monaten entschieden wird. Als Beispiel hierfür wird die Entwicklung in Rußland vom März bis Oktober 1917 angeführt und mit dem Verlauf der Revolution in Deutschland nach dem 9. November 1918 verglichen. Auch die objektiven Grundlagen der Revolution werden richtig erkannt (obgleich später nicht immer beachtet), wenn es heißt, daß die Revolution dann zu Ende wäre, wenn sie lediglich infolge der äußeren Einwirkungen, d. h. der Niederlage der deutschen Bourgeoisie im Krieg entstanden wäre. Wahre Ursache der Revolution aber sei, genau wie in Rußland oder anderen Ländern, der Zerfall der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Deshalb sei die deutsche Revolution nicht zu Ende, sondern „heute nur mehr als bisher eingebettet in die gesamte Weltrevolution.“ (Nr. 13/14/1919, S. 352)

Der Entwurf des Aktionsprogramms der VKPD, der in der „Internationalen“ Nr. 28/1920 veröffentlicht wurde, läßt einige zuverlässige Rückschlüsse auf die Einschätzung der Novemberrevolution zu diesem Zeitpunkt zu. Hier wird die Niederlage der Novemberrevolution mit den Worten konstatiert: „Die Arbeiter- und Soldatenräte, diese erste ihrer selbst unbewußte Gestalt der proletarischen Revolution, verworrenes Echo der russischen Revolution, gänzlich ihre Souveränität ab in die Hände der

Nationalversammlung.“ (S. 18) Die VKPD bleibt aber nicht dabei stehen, sondern weist den Weg nach vorn. „Nicht in trügerischen Verhandlungen mit der Bourgeoisie, nicht im Rahmen des bürgerlichen Staates, nur durch den Hammer-schlag der proletarischen Revolution, in dem die Arbeiterklasse alle politische Gewalt in die Hand nimmt und der Bourgeoisie jegliche politische Gewalt entzieht, kann die Grundlage für den kommunistischen Aufbau geschaffen werden.“ (S. 15)

Auch an anderer Stelle wird sichtbar, daß die VKPD das Wesen der Diktatur des Proletariats richtig erkannt hatte und sich eindeutig auf die Erkenntnisse von Marx und Lenin stützt: „Die proletarische Diktatur ist die staatliche Organisation, in der das Proletariat sich als herrschende Klasse zusammenfaßt, um den Widerstand der Bourgeoisie

letarische Diktatur der höchste Ausdruck der Demokratie ist.“

Der erste Artikel, der direkt dem 9. November gewidmet ist, erschien 1922. Ausgangspunkt dieses Artikels ist die Befürchtung Rosa Luxemburgs, daß die Revolution all ihrer Errungenschaften verlustig gehen werde, wenn das Proletariat nicht dazu schreite, aus der halben Revolution eine ganze zu machen, die sie bereits auf dem Gründungspartei-tag der KPD äußerte. Als eine Ursache für das Scheitern der Novemberrevolution wurde u. a. das Vorhandensein demokratischer Illusionen innerhalb der deutschen Arbeiterklasse über den Charakter einer bürgerlichen Demokratie herausgearbeitet. Das zeigt, daß Vertreter der KPD sehr richtig erkannt hatten, daß die falschen Vorstellungen über Diktatur und Demokratie das größte Hindernis im Kampf um

Lehren, die die KPD aus Oktober- und Novemberrevolution zog – Das A und O der siegreichen Revolution:

## Eroberung und Sicherung der MACHT

Dieser Beitrag von ANNELE HEIGER über die Auswertung der Oktober- und Novemberrevolution im theoretischen Organ der KPD „Die Internationale“ (1919/24) entstand auf der Grundlage des Quellenstudiums ihrer Seminargruppe – ML/Geschichte, 3. Studienjahr –, wichtige Vorarbeiten wurden durch Günter Schmidt und Joachim Reinhold geleistet.

endgültig zu brechen und die kapitalistische Produktionsweise Schritt für Schritt in die kommunistische zu überführen... Die geschichtlich gegebene Form der proletarischen Diktatur ist die Räterepublik, die alle staatlichen und wirtschaftlichen Funktionen... in die Hände... dieser Räte legt.“ (S. 15/16) Die so geforderten Maßnahmen zur Abwehr der Konterrevolution und zur Sicherung der Macht des Proletariats weisen auf Erfahrungen aus der Oktoberrevolution und Novemberrevolution hin.

Auch das Problem Diktatur-Demokratie wurde im großen und ganzen richtig behandelt, wenn es heißt: „Die politischen Arbeiterräte zu Beginn der deutschen Revolution gingen unter an dem Widerspruch, daß sie als Organe des Proletariats die bürgerliche Demokratie vertreten. Sie werden wiedererstanden und siegen können nur, wenn sie die bewußten Kampforgane der proletarischen Diktatur gegen die bürgerliche Demokratie werden, wenn also ihr politischer Inhalt sich deckt mit ihrer organisatorischen Form.“ (S. 17/18) Es wird allerdings nicht ausgesprochen, daß eben die pro-

die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats waren. Der Artikel endet mit der Schlussfolgerung, daß die Parteien der Großbourgeoisie faktisch wieder die Macht übernommen hätten. Hier wird das Bemühen sichtbar, die Revolution als Ganzes zu untersuchen und einzuschätzen, völlig richtig werden die Aufgaben des Proletariats in der Revolution herausgearbeitet. Als wichtigster Bündnispartner in diesem Kampf wird Sowjetrußland genannt. Die Einschätzung, daß das deutsche Proletariat zu seinem eigenen Schaden und dem des gesamten Weltproletariats 1918 nicht konsequent den Kampf um die Macht geführt hat, zeigt, daß die KPD erkannt hatte, daß Deutschland im Brennpunkt der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus steht und welche internationale Verantwortung das deutsche Proletariat trägt.

An einem Beispiel seien die Bemühungen der Partei gezeigt, die Dialektik des Klassenkampfes zu erfassen und zu meistern. Harte Auseinandersetzungen wurden zur Lösung „Arbeiterregierung“ geführt. Es war ein komplizierter Klärungs-

prozeß in der Partei vor sich gegangen bis zu der Einschätzung, daß die Arbeiterregierung, wie sie damals möglich und notwendig gewesen ist, noch keine Diktatur des Proletariats sein kann und nicht den unmittelbaren Übergang zum Sozialismus als Aufgabe stellt. Das war der erste Schritt zu der Erkenntnis, daß die Errichtung der proletarischen Diktatur nicht in einem Sprung erfolgen kann. Die Polemik richtete sich vor allem gegen die Ultralinken, die die Arbeiterregierung ganz ablehnten oder sie als Agitationslösung für die Diktatur des Proletariats betrachteten sowie den Kampf um Tages- und Teilforderungen als opportunistisch ablehnten.

Am weitesten in der Einschätzung geht ein Artikel, der zum 6. Jahrestag der Novemberrevolution erschienen ist. Er stellt fest, daß sich außer den Bolschewiki die anderen Parteien der II. Internationale vor 1917 nicht konkret mit der Übernahme und Festigung der Macht durch das Proletariat beschäftigt hatten. Die Bolschewiki wiesen nach, daß es nach dem Sturz des Zarismus noch keine Diktatur des Proletariats geben könne. Zunächst müsse eine provisorische revolutionäre Regierung gebildet werden, die die revolutionär-demokratische Diktatur bis zur völligen Sicherung des Sieges der Demokratie auszuüben habe. Das macht deutlich, mit welcher Konsequenz die führenden Vertreter der KPD darum gerungen haben, einerseits die eigenen revolutionären Erfahrungen zu analysieren und andererseits diese Erfahrungen am Beispiel des Kampfes der russischen Klassenbrüder zu vergleichen. In verstärktem Maße erschienen Aufsätze Lenins und anderer sowjetischer Genossen in der „Internationalen“. Mit zunehmendem Eindringen in den großen Ideengehalt des Leninismus nahm die Geschichtsbetrachtung mehr und mehr wissenschaftlichen Charakter an. In dem Maße, wie sich der Gedanke durchsetzte, daß die Revolution allseitig unter Führung einer revolutionären Partei vorbereitet werden muß, findet man immer mehr richtige Einschätzungen zu den Hauptproblemen der deutschen Revolution. Nicht immer jedoch wurden die richtigen Schlussfolgerungen auch gleich wirksam, was natürlich mit dem Gesamtentwicklungsstand der Partei zusammenhängt, die mit ihrer Gründung nicht sofort eine Partei neuen Typus war.

Bis zum Ende der revolutionären Nachkriegszeit hatten sich in der KPD folgende Einschätzungen bezüglich der Machtfrage durchgesetzt:

1. Die Novemberrevolution hat eine Niederlage erlitten. Ursache dafür waren die Schwächung der Arbeiterklasse durch den Krieg, die ideologische Verwirrung innerhalb der Arbeiterklasse auf Grund des Verrats rechter SPD- und USPD-Führer, das Vorhandensein demokratischer Illusionen, insbesondere die falschen Vorstellungen über Diktatur des Proletariats und bürgerliche Demokratie.
2. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß das Proletariat sich nur befreien kann, wenn es seine Diktatur aufrichtet.
3. Die russische Revolution hatte gezeigt, daß die errungene Macht ständig zementiert und ausgebaut werden muß.
4. Die konkrete historische Form der Diktatur des Proletariats ist das Räte-System.
5. Das Proletariat muß durch ständige ideologische Schulung auf die Revolution vorbereitet werden. Diese Aufgabe kann nur von einer revolutionären Partei neuen Typus bewältigt werden.

## Ein Heer von Berufsideologen gegen den Sozialismus

Über das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln

Die psychologische Kriegsführung ist gegenwärtig die Hauptmethode des imperialistischen Kampfes gegen den Sozialismus. Das spät-kapitalistische System führt zu einer Ausnutzung der imperialistischen Führungs- und Organisationswissenschaften, unter Einsatz der modernsten Technik und aller Massenmedien, mit Hilfe eines Systems wissenschaftlicher Institute und eines Heeres von berufsmäßigen Ideologen. In der psychologischen Kriegsführung gegen die sozialistischen Länder, gegen den Vormarsch der Ideen des Marxismus-Leninismus, im Ringen um die Herzen und Hirne der Menschen scheuen die Imperialisten keine Anstrengungen und weder Kräfte noch Mittel.

Die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus zwang die imperialistischen Hauptmächte Ende der 60er Jahre, ihre bisherige Politik der offenen Aggression, des „Roll back“ aufzugeben.

Sie orientierten sich darauf, ihre Ziele mit anderen, elastischeren Methoden und unter Ausnutzung aller Wissenschaftszweige zu erreichen. Ausdruck dieser veränderten Strategie ist die neue „Ostpolitik“, in deren Rahmen die ideologische

Diversion einen wichtigen Platz einnimmt.

### Aufgaben und Struktur

Am 21. März 1961 gründete die westdeutsche Regierung das „Bundesinstitut für Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie)“, das der Aufsicht des Innenministeriums unterstellt und am 3. Mai 1966 in „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ umbenannt wurde.

Zusammengefaßt bestimmen zwei Linien die Tätigkeit des Instituts: 1. Ausarbeitung von internen Grundsatzmaterialien und Konzeptionen für die imperialistische Innen- und Außenpolitik und 2. die Bereitstellung von Unterlagen oder die Modifizierung alter Standpunkte für die antikommunistische Öffentlichkeitsarbeit unter der Bevölkerung des eigenen Machtbereiches sowie für die ideologische Diversion in den sozialistischen Staaten.

Während die weltanschauliche Manipulierung darauf abzielt, das historische Standortbewußtsein im Sinne der herrschenden Ordnung und ein zukunftsorientiertes spätkapitalistisches Lebensgefühl zu festigen, hat die aktuell-politische Manipulierung ein systemkonformes Verhalten zum Ziel, das in zunehmendem Maße die Erzeugnisse eines „Sendungsbewußtseins“ gegenüber dem sozialistischen Weltsystem im Interesse der die Gesellschaft beherrschenden Machtgruppen einschließt.

Die Bundesregierung gründete das Institut mit dem ausdrücklichen Wunsch, daß eine enge Zusammenarbeit sie in die Lage versetze, kurzfristig politisch relevante Themen im Ostblock untersuchen zu lassen.

### Aufbau und Mitarbeiter

Obwohl 1963 im Zuge einer Zentralisierung der immer größerer Gewicht erhaltenden Wissenschaftspolitik alle wissenschaftlichen Einrichtungen außerhalb der Universitäten dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung unterstellt wurden, blieb das Kölner Institut wie insgesamt die Ostforschung dem Innenministerium unterstellt. Neben dem Innenministerium sind jedoch auch das Auswärtige Amt und das Bundeskanzleramt – als wichtige Organe zur Steuerung der Ostpolitik – Auftraggeber. Das Institut wird durch ein vom Innenministerium eingesetztes Direktorium geleitet.

Die Struktur des Instituts ergibt sich aus den ihm gestellten Aufgaben. Die eigentliche wissenschaft-

liche Tätigkeit erfolgt in den Abteilungen „Ideologie“, „Innere Struktur des Ostblocks“, „Außenpolitik des Ostblocks“ und „Weltkommunismus“.

Das Institut wertet systematisch insgesamt über 700 Zeitungen, Zeitschriften und Periodika aus. Bereits Ende 1965 verfügte es über eine Spezialbibliothek von 20.000 Bänden.

### Geldgeber

Die jährlichen Zuwendungen des Bundesinnenministeriums für das Kölner Institut liegen seit der Gründung bei 2,8 bis 2,5 Millionen DM. Der Etat für 1966 belief sich auf 2.303.800 DM Gesamtkosten, einschließlich über einer Million Personalkosten. Das Institut hat damit den höchsten ausgewiesenen Jahresetat aller entsprechenden Einrichtungen der Bundesrepublik.

Weitere umfangreiche Mittel erhält das Bundesinstitut für Auftragsforschung vom Planungsrat des Bundeskanzleramtes, vom Außenministerium, vom Wehrministerium und von anderen Bundesbehörden und Institutionen wie der Bundeszentrale für politische Bildung.